



Prof. Dr. Manfred Mols ist emeritierter Universitätsprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

## DER STAAT IN DER „DRITTEN WELT“<sup>1</sup>

*Manfred Mols*

Sieht man sich die Weltkarte von der Mitte der dreißiger Jahre an, findet man ein Bild von politischen Gebilden vor, von denen, auch nach damaligen Maßstäben, nur eine Minderheit als Staaten gelten konnte. Es waren dies die meisten Länder Europas, die der beiden Amerikas, Japan, Thailand, mit Einschränkungen Australien und Neuseeland und mit noch größeren Vorbehalten einige wenige politische Einheiten im Orient, in Afrika sowie die Republik China vor der japanischen Invasion. Der große „globale Rest“ waren besetzte Gebiete, Kolonien, Halbkolonien, Völkerbundmandate, staatstheoretisch und manchmal auch politisch unbestimmte Gebilde und Gemeinschaften. Das Bild hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts substantziell verändert.

Die Menschheit lebt heute – quer durch alle Kontinente und Regionen – in einer Welt, die politisch so gut wie ganz in etwa 200 Staaten organisiert ist und von denen man in vielen Fällen annimmt, dass sie als „nationale“ Gebilde auftreten.<sup>2</sup> Im Namen und Programm der „Vereinten Nationen“ spiegelt sich dieser Sachverhalt völkerrechtlich wieder. Die Entwicklung der auf breiter Basis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzenden Veränderungen ist immer wieder beschrieben worden. Die Befunde wirken aber unter politikanalytischen Gesichtspunkten meist oberflächlich und formal. Man kann mit ihnen weder in der politischen

1 | Der Autor ist sich der Diskussion und der Kritik am Begriff „Dritte Welt“ bewusst. Dennoch, man redet heute auch schon von Erster und Zweiter Welt. Vgl. Parag Khanna, *Der Kampf um die Zweite Welt*, Berlin, 2008.

2 | Vgl. Robert H. Jackson und Alan James, *States in a Changing World. A Contemporary Analysis*, Oxford, 1993.

Bildung noch in der praktischen Politikberatung noch in der Außen – oder Entwicklungspolitik viel anfangen, weil in ihnen selten eine genügende historisch-kulturelle Tiefe zu finden ist, auch kaum ein ausreichendes Maß kontextueller Sensibilität, und weil vor allem adäquate Beurteilungskategorien fehlen. Die westliche Entwicklungspolitik, auch die deutsche, ist viel zu sehr von ökonomischen Überlegungen mit einer etwas aufgesetzt wirkenden Beachtung von sozialem Wandel geprägt, um Staat und Politik angemessen in ihr Programm aufzunehmen. Ob die erfreulicherweise seit einem guten Jahrzehnt aufgekommene Diskussion um „good governance“<sup>3</sup> hier schon als Korrekturfaktor wirkt, verdient neben Respekt auch Skepsis.<sup>4</sup>

**Die westliche Entwicklungspolitik, auch die deutsche, ist viel zu sehr von ökonomischen Überlegungen mit einer etwas aufgesetzt wirkenden Beachtung von sozialem Wandel geprägt.**

Was sind daher etliche der wissenschaftspraktischen Dilemmata, denen die Behandlung des Themas Staat in der Dritten Welt ausgesetzt ist? In einem Aufsatz wie diesem können nur einige der Schwierigkeiten angesprochen werden – und dies nicht mit dem Anspruch, fertige Analyselösungen anzubieten. Hier noch eine Zwischenbemerkung: Obwohl der Aufsatz vom Thema „Staat in der Dritten Welt“ handelt, wird mehrfach Bezug auf Japan genommen, das ja im Ganzen und im eigenen Selbstverständnis seit Langem zur Ersten Welt gehört. Japan ist deshalb ein unverzichtbarer Referenzpunkt, weil es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit einer einmaligen eigenen Energie den Sprung aus einer spätfeudalistischen Struktur in die vom Westen definierte Moderne schaffte und dabei gleichwohl Wert legte auf den Substanzerhalt der eigenen Kultur und Geschichte und mit dieser Doppelphilosophie bis heute lebt.

3 | Vgl. Heribert Weiland, Ingrid Wehr und Matthias Seifert (Hrsg.), *Good Governance in der Sackgasse*, Baden-Baden, 2009.

4 | Manfred Mols, „Good Governance – ein Konzept auf der Suche nach entwicklungspolitischen Realismus“, in: Weiland, Wehr und Seifert (Hrsg.), *Good Governance in der Sackgasse*, Fn. 3, 53-68.

## STAAT ALS POLITISCHES ORIENTIERUNGSSYMBOL FÜR ORDNUNGSPOLITISCHE MODERNE

Staat ist kein gleichsam naturgegebenes politisches Gebilde, das in der uns bekannten Geschichte immer schon im Ansatz vorhanden war, sondern eine relativ neue Konstellation gemeinschaftlichen Zusammenlebens in definierbaren Rechts- und Machtverhältnissen. Es gibt keine eindeutige Bestandsgarantie von Staat für jede mögliche Zukunft. Ob man noch in 100 oder gar 200 Jahren mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie heute von einer den Globus überziehenden Staatenwelt sprechen wird, muss offen bleiben.

Es sei gleichwohl an zwei Merkmale erinnert, ohne die Staat nicht gedacht werden kann bzw. ohne die er nicht die jetzige faktisch weltweite Attraktivität fände: Erstens haben sich erfolgreiche, d.h. stabile und sich vielleicht sogar nach und nach ausweitende Staatsgebilde sehr früh nach ihren Anfängen und eigentlich bis heute durch den Einsatz und die Ausstrahlung von Macht durchgesetzt, gleichviel, ob dies stärker militärisch, wirtschaftlich oder auch religiös oder kulturell motiviert war. Oft findet sich eine Mischung aus all dem (die spanischen Eroberungen in den Amerikas sind ein anschauliches Beispiel für dieses Ineinander; Ähnliches gilt für die US-amerikanische Pazifikpolitik, die ja schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzte). Zweitens stehen Staat wie auch der Entwicklungsweg zum Staat für eine über spezifische Organisations- und Leistungsformen ausgewiesene politische Moderne in sehr vielen wesentlichen Lebensbereichen, die – sicher mit Abweichungen im Detail und in manchmal erheblichen Nuancierungen – ein weltweit geteiltes Entwicklungsideal darstellen. Der Staat bleibt gleichwohl in seiner Substanz ein in Europa und in

**Der Staat steht weiterhin für eine Westlichkeit, auf deren Errungenschaften man achtet und die man im Westen selbst und in faktisch fast allen anderen Teilen der Welt als Paradigma politischer Normalität ansieht.**

seinem Juniorpartner USA entstandenes Gebilde, ergänzt u.a. durch die „archaische Moderne“ Japans<sup>5</sup>, und er steht, mit der eben angedeuteten Ausnahme, weiterhin für eine Westlichkeit, auf deren Errungenschaften man achtet und die man im Westen selbst,

also in Europa, den USA, Australien, Neuseeland, Japan und seit etlichen Jahren auch in Südkorea und Taiwan und

5 | Vgl. Thomas Immoos, *Japan. Archaische Moderne*, München, 1990.

in faktisch fast allen anderen Teilen der Welt als Paradigma politischer Normalität ansieht. Dies gilt eindeutig auch für jenen „fernen Westen“ Lateinamerika,<sup>6</sup> der es bisher aber ob seiner schwankenden und defizitären Einlösungen nicht zur angesehenen Vollmitgliedschaft im sich herausbildenden internationalen System brachte.<sup>7</sup>

An dieser Stelle zeigt sich ein erstes Untersuchungsdi-  
lemma. Wenn und wo Staat begrifflich in dem absolut  
vorherrschenden Selbstverständnis des Leitbildes im und  
aus dem Westen diskutiert und analysiert wird, gilt er welt-  
weit als allgemeine Normgröße für politische Gebilde auf der  
Makroebene. Nicht-westliche politische Systeme tauchen  
in den gängigen Lehrbüchern der Politikwissenschaft im  
Regelfall als Residualgrößen auf, die zu erwähnen sich in  
unserer Zeit nicht ganz vermeiden lässt<sup>8</sup>, aber als Gebilde  
an den Rändern der eigentlich zählenden politischen Welt  
erscheinen. Die politische Bildung bleibt dem „Verfas-  
sungsstaat der Neuzeit“ (Carl-Joachim Fried-  
rich) verhaftet – und das macht zunehmend  
ihre heutige Krise, nämlich den Verzicht auf  
ein kulturell und räumlich umgreifenderes  
Staats- und Politikverständnis, aus. Die poli-  
tische Philosophie – gelegentlich anspruchs-  
voll als „eine Synthese von politischer Einsicht und philoso-  
phischer Erfahrung“ vorgestellt<sup>9</sup> – konzentriert sich auf die  
westliche Erfahrungswelt und vermeidet die Frage, was in  
nicht-westlichen Regionen der Welt politisch-philosophisch  
gedacht wird.

**Die politische Philosophie konzentriert sich auf die westliche Erfahrungswelt und vermeidet die Frage, was in nicht-westlichen Regionen der Welt politisch-philosophisch gedacht wird.**

Ein sehr großer Teil unserer Lehrbücher zur Vergleichenden  
Systemlehre oder Regierungslehre (oder wie immer dieser  
Fächerkanon genannt wird) nimmt Afrika, Asien oder

6 | Vgl. Alain Rouquier, *Introducción à L'Extrême Occident*, Paris, 1987.

7 | Vgl. Manfred Mols, „Das politische Lateinamerika. Profil und Entwicklungstendenzen“, *Aktuelle Analysen* 45, München, 2007; Manfred Mols, „Lateinamerikas internationale Zukunft. Der Subkontinent zwischen ‚Dependencia‘ und Globalisierung“, in: Stephan Scheuzger und Peter Fleer (Hrsg.), *Die Moderne in Lateinamerika. Zentren und Peripherien des Wandels*, Frankfurt am Main, 2009.

8 | Vgl. Dirk Berg-Schlosser und Theo Stammen, *Einführung in die Politikwissenschaft*, München, 2003; Andrew Heywood, *Politics*, Houndmills and London, 1997.

9 | Karl Graf Ballestrem und Henning Ottmann: *Politische Philosophie im 21. Jahrhundert*, München, 1990.

selbst (das relativ westliche) Lateinamerika bestenfalls in wenigen Einzelbeispielen zur Kenntnis.<sup>10</sup> Sogar im Falle einer gutwilligen breiteren Verständigungsbereitschaft einzelner Autoren tauchen die nicht-westlichen Länderbeispiele nahezu durchgängig als Abweichungen von der westlichen (staatlichen) Normalität auf. Den Eck- und Endpunkt dieser Entwicklung bildet inzwischen die bekannte Diskussion um so genannte failed states.<sup>11</sup> Die Normalität kann dabei in verkleideten Formen erscheinen. Viele aus der Gruppe derer, die in den sechziger Jahren bewusst auf die Dritte Welt zugegangen waren, haben den Impuls von Gabriel A. Almond und James S. Coleman mit ihrem damals bahnbrechenden Sammelband *The Politics of the Developing Areas*<sup>12</sup> als einen ersten seriösen Versuch studiert, unter Verzicht auf den staatstheoretischen Institutionalismus in den USA wie bei uns in Europa im Aufgreifen der damals aufgekommenen funktionalistisch-systemtheoretischen Ansätze zu neuen Analysestrategien zu kommen – was sich als Anliegen bis heute erhalten hat, ohne indessen das eigene Anschauungssubstrat (den westlichen Staat in Form eines Tauschmodells zwischen Staat und Gesellschaft) zu verlassen.

**Viele der heute noch lebenden und aktiven Wissenschaftler haben ihren westlich prädominanten Maßstab nie aufgegeben.**

Der Grundbefund des westlichen Vorbildes als Normalität von Staat und politischer Modernisierung konnte nicht erschüttert werden. Noch das 1985 vorgelegte Sonderheft 16 der *Politischen Vierteljahresschrift* gibt dafür ein plastisches Bild ab, wobei hinzugefügt sei, dass viele der heute noch lebenden und aktiven Wissenschaftler westlich prädominanten Maßstab nie aufgegeben haben.<sup>13</sup> Wenn heutzutage mit Blick auf die nicht-westlichen Länder und

10 | Vgl. etwa Jeffrey Kopstein, Mark Lichbach, *Comparative Politics. Interest, Identities, and Institutions in a Changing Global Order*, Cambridge USA (3. Aufl.), 2009; Carol Ann Drogus, *Comparative Politics. Concepts and Cases in Context*, Washington D.C., 2009.

11 | Vgl. Sigmar Schmidt, „Demokratien mit Adjektiven“. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 7/8, Juli/August 2001, 219-223; Annette Büttner, *Staatszerfall als neues Phänomen in der internationalen Politik*, Marburg, 2004.

12 | Gabriel A. Almond und James S. Coleman, *The Politics of the Developing Areas*, Princeton, 1960.

13 | Vgl. Franz Nuscheler (Hrsg.), „Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“, *PVS*, Sonderheft 16, 1985.

Regionen auf deren Staatlichkeit geachtet wird, taucht in verschiedensten Zusammenhängen der Hinweis darauf auf, dass wir es nicht selten mit so genannten hybriden Staaten zu tun hätten, also mit einem Orientierungsmix, der oft vorgestellt wird als ein Schwanken zwischen Demokratie und aus Traditionen sich ableitenden Autoritarismen. Wenngleich es keine einheitliche Begriffsbestimmung dieses Typs gibt und damit die Definitionen schwanken, läuft das Ganze darauf hinaus, die Relativierung einer starken „governance“-Kapazität<sup>14</sup> durch formal nicht mehr recht greifbare Einschränkungen zu sehen, die meist mit überkommenen Traditionen und/oder innergesellschaftlichen kulturellen Gegenläufigkeiten zu tun haben. Hier ist indirekt die Warnung angedeutet, mit dichotomem Denken vorsichtig zu sein, weil es mit binären Verkürzungen und Einseitigkeiten – um nicht auch zu sagen

Vorurteilen – arbeitet, das Ausgeschlossene bzw. andere Möglichkeiten im starren Ausgang vom eigenen Sinnsystem vernachlässigt. Die neuere Transdifferenzforschung versucht, den dadurch entstehenden Empirieverlust kritisch herauszuarbeiten.<sup>15</sup> In der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit der nicht-westlichen Welt war ein ausschließendes oder auf idealtypische Alternativen reduziertes Denken weit verbreitet, und es ist dort auch keineswegs verschwunden. Auf ideologischen Ebenen (z.B. die immer wieder behauptete Korrespondenz von repräsentativer Demokratie und freien Märkten) konnte es sich beharrlicher und damit dogmatischer halten als in neueren Messindizes um die Qualität von Staatlichkeit.

**Aus der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit der nicht-westlichen Welt ist ein auf idealtypische Alternativen reduziertes Denken keineswegs verschwunden.**

## **STAAT ALS UNIVERSELLES BEURTEILUNGSKRITERIUM FÜR POLITISCHE MODERNITÄT**

Es liegt auf den ersten Blick nahe, aus dem Grunddilemma des einseitig als Maßstab empfundenen westlichen Modells herauszukommen, wenn man sich über Politik und politische Ordnung in Asien-, Afrika- und Lateinamerika-Studien

14 | Vgl. Pierre Jom und B. Guy Peters, *Governance, Politics and the State*, London, 2000.

15 | Allolio-Näcle, Britta Kalscheuer und Anne Manzechke (Hrsg.), *Differenzen anders denken. Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz*, Frankfurt am Main / New York, 2004.

in unseren Universitäten und sonstigen Bildungseinrichtungen verständigen will. Einer solchen Forderung wird man sich angesichts der Tatsache nicht entziehen können, dass mehr als vier Fünftel der Welt selbst dann nicht-westlich sind, wenn Teile dieses „Restes“ sich einer Politik nachholender Entwicklung zu verschreiben scheinen. Es ist für ein solches Mitbedenken Eile geboten, weil der Glaube an die westliche Dominanz der Welt schwindet.<sup>16</sup> Denn es bleibt ein Trugbild, man könne Entwicklung auf Aspekte der westlichen ökonomischen und technisch-funktionalen Zivilisation beschränken, worauf vor Jahrzehnten bereits der Bolivianer Felipe Mansilla in einer eindringlichen Schrift aufmerksam machte<sup>17</sup> – eine problematische Überzeugung, die auch im biographischen Stolz des ehemaligen singapurianischen Premiers Lee Kuan Yew schon im Titel und im Inhalt seiner Memoiren (*From Third World to First*) zum Ausdruck kommt.<sup>18</sup> Der Westen hantiert mit Maßstäben, die aus politikwissenschaftlicher Sicht und vor dem Hintergrund von langen Erfahrungen in anderen Kontinenten schlicht aufgesetzt wirken.

**Der Westen hantiert mit Maßstäben, die aus politikwissenschaftlicher Sicht und vor dem Hintergrund von langen Erfahrungen in anderen Kontinenten schlicht aufgesetzt wirken.**

Ein Beispiel statt vieler: Klaus Schlichte diskutiert in seinem Buch *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika and Lateinamerika* legitimationstheoretische Beurteilungsaspekte nach Kriterien von Recht aus Arbeiten von Max Weber, Niklas Luhmann und Jürgen Habermas. Das ist eine Reihung westlicher Maßstäbe in Reinkultur.<sup>19</sup> Würde man mit ihnen für und in Indien oder Bolivien oder Lybien arbeiten können? Wenn dortige Professoren mit der hier skeptisch beurteilten Begriffswelt hantieren und sich auch aus solchen Ländern entsprechende Publikationsnachweise als Geltungsbelege für ihre (meist relative) Aktualität finden, dann ist das weniger eine transkulturelle Bestätigung von allgemeiner

16 | Vgl. Kishore Mahbubani, *The New Asian Hemisphere. The Irresistable Shift of Global Power to the East*, New York, 2008.

17 | Vgl. H.C.F. Mansilla, *Die Trugbilder der Entwicklung in der Dritten Welt*, Paderborn u.a., 1986.

18 | Vgl. Lee Kuan Yew, *From Third World to First. The Singapore Story: 1965-2000*, Singapur, 2000.

19 | Vgl. Klaus Schlichte, *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*, Frankfurt am Main / New York, 2005.

Brauchbarkeit als das Ergebnis von akademischer Ausbildung im Westen oder der Beschäftigung mit westlicher theoretischer Literatur. Man demonstriert sozusagen, nicht zuletzt mit Blick auf internationale Referenzgruppen in Politik und Wissenschaft, auf der Höhe der Zeit zu sein. Der hier in Deutschland von Schlichte gewählte Maßstab ist nicht falsch in seiner Aussagelogik, sondern die Frage bleibt, wie universell anwendbar solches Denken ist.

Fremde Kulturen zu verstehen oder gar mit ihnen zu diskutieren, ist ohne einen Rekurs auf eine eigenkulturelle Substanz des Interpreten nicht möglich. Es macht dann aber einen Unterschied, ob man im interkulturellen Vergleich das „Unternehmen der europäischen Rationalität“ zum universellen Maßstab erhebt oder zur Entdeckung von Unterschieden ansieht.<sup>20</sup> Wir kommen damit aus der Spannung zwischen Universalismus und Historizität bzw. Partikularität nicht heraus.<sup>21</sup>

Dennoch ist die Einseitigkeit westlicher Perspektiven und Erfahrungen seit Jahren nicht die einzige Sperre für eine ihrer Situation angemessenen Beurteilung von Staatlichkeit in der Dritten Welt. Der andere Teil ist nicht weniger schwierig: Die ordnungspolitischen Impulse mit einem in der Substanz allgemeingültigen, dem Westen analogen Geltungsanspruch sind in dem breiten Aktionsfeld, das man immer noch nicht ganz unproblematisch als „Dritte Welt“ bezeichnet, zumindest aus politikwissenschaftlicher Sicht weitestgehend unbekannt. Natürlich gibt es Regional- und Länderspezialisten, die an regionalspezifischen Versatzstücken arbeiten. Jedoch führen Regionalwissenschaften weitgehend fast ein Eigenleben. Ihre Referenzgruppen sind weniger (und manchmal kaum!) andere Politikwissenschaftler oder Soziologen oder

**Regionalwissenschaften führen weitgehend ein Eigenleben. Ihre Referenzgruppen sind weniger andere Politikwissenschaftler, sondern die Vertreter der gleichen Regional- und Länderschwerpunkte.**

20 | Vgl. Peter Weber-Schäfer, „Eurozentrismus‘ contra ‚Universalismus‘. Über die Möglichkeiten, nicht-europäische Kulturen zu verstehen“, in: Manfred Brocker und Heino Henrich Nau (Hrsg.), *Ethnozentrismus. Möglichkeiten und Grenzen im inter-kulturellen Dialog*, Darmstadt, 1997, 241-255, 253.

21 | Vgl. Manfred Mols, „Universale oder kulturspezifische Kategorien und Theorien? Bemerkungen aus politikwissenschaftlicher Sicht“, in: Brocker und Nau (Hrsg.), *Ethnozentrismus*, Fn. 20, 225-240.

selbst Historiker und Geographen, sondern die Vertreter der gleichen Regional- und Länderschwerpunkte. Dies hat mehrere Gründe. Bei allem Respekt vor herausragenden intellektuellen Leistungen in China (Konfuzius und die lange Folge der Interpreten), in Indien (die politischen Reflexionen der Hindu-Tradition einschließlich eines Denkens in Kategorien von „Ganzheiten“) oder in dem in Lateinamerika bis in die Theologie der Befreiung hineinreichenden Dependenzdenken kommt man um den Vorwurf an die westlichen Sozialwissenschaften einschließlich der Politikwissenschaft nicht herum, dass diese Dinge im Allgemeinen nicht mehr in zentrale Diskussionen bei uns oder auch in den USA gelangen. Der Westen hört selten zu: Im Regelfall lehrt er seine eigenen Erfahrungen mit Staat, Politik, Gesellschaft, Kirche und Religion und über stereotype marktwirtschaftliche Wiederholungen seines wirtschaftlichen Denkens einschließlich ihrer Kosten-Nutzen-Rationalität (rational choice), ohne die Frage zu stellen, ob letzteres in Ansehung gegebener interner und vor allem externer Verhältnisse für den gesamten Globus einen Sinn macht.<sup>22</sup> Universitäten der Dritten Welt gelten als modern und werden auf der Höhe der Zeit angesiedelt, wenn sie sich in diesem westlichen Kategoriengeflecht bewegen.

**Vieles scheiterte schon an schlichter sprachlicher Verständigung wie auch sehr rasch am Erfassen der hinter den eingesetzten Ausdrücken und Theorien akkumulierten Realitätserfahrungen.**

Wäre ein beherzterer Umgang mit sich selbst und der eigenen Kultur die nahe liegende Alternative?<sup>23</sup> Wahrscheinlich ist das kein generell brauchbarer Ausweg. Denn mit Sicherheit scheiterte vieles schon an schlichter sprachlicher Verständigung wie auch sehr rasch am Erfassen der hinter den eingesetzten Ausdrücken und Theorien akkumulierten Realitätserfahrungen. Das gilt schon innerhalb der überseeischen Regionen selbst und erst recht in interregionalen Verhältnissen. Könnten Chilenen sehr viel mit dem nachrevolutionären Denken Mexikos in

22 | Vgl. zur Kritik auch Amitav Acharya und Barry Buzan, *Non-Western International Relations – A Perspective Beyond Asia*, London, 2009, Einleitung.

23 | Vgl. Rajni Kothari, *Politics and the People. In Search of a Humane India*, Delhi, 1989.

der Legitimation und Gegenleistung einfordernden Formel *compromiso-respaldo*<sup>24</sup> anfangen? Oder die Mexikaner mit *jeito*, der brasilianischen Denkfigur des ausgehandelten Gleichgewichtsspiels?<sup>25</sup> Oder wüsste ein gebildeter In der mit dem chinesischen Orientierungskollektiv *danwei* oder dem *guanxi*-Denken als sozialem Kapital interpretativ umzugehen? Man muss sich daher darüber im Klaren sein, dass keine Alternative bleibt, als mit sprachlich-kognitiven Gerüsten zu arbeiten ist, die A. B. Shamsul und andere Forscher als ein „colonial knowledge“ bezeichnet haben.<sup>26</sup>

Shamsul ist gleichwohl der Auffassung, dass dieses „koloniale Wissen“ dem modernen Asien die Basis für die Suche nach eigener Identität anbietet. Begriffe wie „Entwicklung“, „Wirtschaftswachstum“, „soziale Gerechtigkeit“, „Nation“ und „Staat“ – auch „Demokratisierung“, „Demokratie“ oder „governance“ – gäben deshalb unverzichtbare Verständniskategorien für das moderne Asien ab (auch wenn sie dann kulturspezifisch übersetzt würden), weil sie die Denkmuster für das anböten, was sich politisch unter Transformationsgesichtspunkten auch in Asien abspiele. Denn in diesen Begriffen und den ihnen zuzuordnenden Modellen, Theoremen und Theorien wird meist auch in Asien und in der übrigen nicht-westlichen Welt gedacht und Politik betrieben. Sie sind unverzichtbare Verständigungsbrücken, ohne die weder die ASEAN-Gruppe noch die APEC noch der Mercosur und viele andere zwischenstaatliche Kooperationsgebilde arbeitsfähig wären, auch nicht der umfangreiche VN-Apparat und seine Unterorganisationen. Dies gilt auch für größte Bereiche der internationalen bi- oder multilateralen Entwicklungshilfe. Sie bilden damit zugleich die bis auf Weiteres unverzichtbare Verständnisbrücke zur internationalen politischen und wissenschaftlichen Welt, die sich beide auch in diesen Hinsichten immer mehr dem Globalisierungsdruck ausgesetzt sehen. Ohne konzeptuelle

24 | *compromiso* = u.a. Verpflichtung (z.B. der Herrschenden) zu Gegenleistungen; *respaldo* = Unterstützung „von unten“ mit legitimierender Konsequenz.

25 | „*jeito*“ (Portugiesisch) = allgem. Umgangssprachlicher Ausdruck für Kungelei, ein Begriff, der auch für die Kennzeichnung des politischen Spiels in Brasilien eine Rolle spielt.

26 | Diese Perspektive hat bereits Edward W. Said in verschiedenen Arbeiten vorweggenommen. Vgl. Edward W. Said, *Kultur und Imperialismus*, Frankfurt am Main, 1974; Edward W. Said, *Orientalism*, London, 2003 (zuerst 1978).

und schließlich eine operative Politik ermöglichende Begriffe und Modelle<sup>27</sup> bliebe nur politische und natürlich auch wirtschaftliche und soziale Hilflosigkeit zurück, die sich dann auch in Schlagworten ohne Bedeutungsgehalt ausdrückte.

**In Asien beruft man sich bevorzugt auf asiatische Traditionen, die sich als diskursive Postulate einer interkulturellen Gleichberechtigung mit dem politischen und akademischen Westen präsentieren.**

Claudia Derichs weist darauf hin, dass man sich in Asien bevorzugt auf asiatische Traditionen berufe, die sich zumeist bei Lichte besehen als diskursive Postulate einer interkulturellen Gleichberechtigung mit dem politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und akademischen Westen präsentierten. Sie seien daher in der Regel „Selbstbehauptungsdiskurse“, mehr Konstruktion als Rekonstruktion zum Zwecke einer Legitimierung für eine Moderne, die nicht aus der eigenen historischen Substanz komme.<sup>28</sup> Entsprechend lesen wir auch bei dem Japaner Shin'ichi: „Thus the search for national identity is more an effort to address new realities than a confirmation of traditions.“<sup>29</sup> Sind solche Selbstbehauptungsdiskurse daher eine Selbsttäuschung? Auf der einen Seite gilt es, auf Zwischentöne eines asiatischen Protestes zu achten, wie er heute u.a. von asiatisch-islamischer Seite artikuliert wird. „Since most secondary literature is of Western origin, human culture is rendered one-sided“<sup>30</sup>, schreibt Hassan Hanafi. Auf der anderen Seite gibt es zur Zeit keine über Einzelkulturen und Einzelstaaten hinausgehende Alternativen – es sei denn, man macht sich die Mühe kulturhermeneutischer Korrekturen, die sich aber deshalb nicht beliebig weit vom nicht unproblematischen „colonial knowledge“ entfernen dürfen, weil sonst die eben eingeforderte interkulturelle, d.h. internationale Kommunikation zusammenbräche.

27 | Andreas Rödter hat das für die Vorgänge der deutschen Wiedervereinigung bzw. die Endphase des SED-Regimes herausgearbeitet. Vgl. Andreas Rödter, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München, 2009.

28 | Vgl. Claudia Derichs, „Geschichte von gestern – Geschichte von heute: Asiatische Perspektiven“, in: Peter Birle et al. (Hrsg.), *Globalisierung und Regionalismus. Herausforderungen für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika*, Opladen, 2002, 19-36.

29 | Shin'ichi Kitaoka, „Japan's Identity and What it Means“, in: Kenichi Ito et al. (Hrsg.), *Japan's Identity – Neither the West Nor the East*, Tokio, 1999, 27.

30 | Hassan Hanafi, „Western Democracy and Islamic Democracy“, in: Hussin Mutalib (Hrsg.), *Islam and Democracy. The South East Asian Experience*, Singapur, 2004, 1-9, 2.

Bieten somit historisch gesättigte kulturhermeneutische Ansätze<sup>31</sup> einen vielleicht notwendigen, jedenfalls ergänzenden Weg, an Asien und die übrigen nicht-westlichen Welten heranzugehen? Die Antwort heißt „ja“, wenn man dabei nicht überzieht, d.h. aus der Sicht der Politikwissenschaft nicht auf ein ausgeprägtes und dann oft überforderndes Spezialistentum stößt, das für Nicht-Regionalisten oder Länderspezialisten aus der nicht europäischen und nicht nordamerikanischen Welt unverständlich bleibt. Die Einlassung auf eine vorsichtige Hermeneutik mag keine Alternativen zum „colonial knowledge“ anbieten, wohl aber Ergänzungen vorschlagen, Versuche zu einem tieferen kulturspezifischen Verstehen, auf das in den zeitgenössischen, an Methoden und Statistiken orientierten sozialwissenschaftlichen Diskussionen wenig Wert gelegt wird. Nicht zu überziehen heißt, nicht in die Versuchung einer totalen kulturhermeneutisch-historischen Ableitung zu geraten, was de facto eine Abkapselung bedeutete. Wenn China nur für Sinologen verständlich bliebe, Mexiko nur für Mexikanisten, Kenia nur für Afrikanisten usw., könnte man in einem weltweiten Kontext weder China noch Mexiko noch Kenia begreifen und auch nicht adäquat politisch, wirtschaftlich, kulturell, sozialwissenschaftlich usw. mit ihnen umgehen. Man kann für Indonesien und den ASEAN-Raum auf zentrale indigene Begriffe wie „musyawarah“ (die typische Form der dortigen Konsensbildung) kaum verzichten, weil es sich um Formen der Entscheidungsfindung handelt, die wir im Westen eher als präpolitisch ansehen würden und die in Ost- und Südostasien bis in die Entscheidungsmodi der ASEAN und von dort in die Verhandlungspraxis des ASEAN+6-Prozesses<sup>32</sup> und selbst der APEC ausstrahlen. Das japanische Begriffspaar „tatemae“ und „honne“ aufzugreifen, macht deshalb Sinn, weil es die für Japan charakteristische Spannung von kollektiven Identifikationen und individuellen Vorbehalten benennt.

**Eine vorsichtige Hermeneutik mag keine Alternativen zum „colonial knowledge“ anbieten, wohl aber Ergänzungen, Versuche zu einem tieferen kulturspezifischen Verstehen vorschlagen.**

31 | Vgl. Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorie, Praxis*, Schlüsselwörter, 4. Aufl., Frankfurt am Main, 2004.

32 | ASEAN+6 = Der 2005 beschlossene Plan, eine East Asian Community ins Leben zu rufen, der außer den zehn ASEAN-Ländern die Volksrepublik China, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und Indien angehören.

**Wenn uns an einem Dialog gelegen ist, kommen wir nicht um die international akzeptierteste Verständnisswelt herum, müssen aber auch sehen, dass ein relativ großer kultureller „Rest“ als „unique patterns“ übrigbleibt.**

Wir stehen damit vor einem Erkenntnisdilemma oder vielleicht auch Kompromiss zwischen westlicher Begrifflichkeit und kulturhermeneutischen Korrekturen. Wenn uns an einem Dialog zwischen dem Westen und der nicht-westlichen Welt gelegen ist, kommen wir einerseits nicht um die international akzeptierteste Verständnisswelt herum, müssen aber auch sehen,

dass ein relativ großer kultureller „Rest“ als „unique patterns“ übrigbleibt, um den man sich im Rahmen des Möglichen zu bemühen hat. Grundbedingung bleibt dabei die entsprechende Artikulation aus Asien, Afrika und Lateinamerika in für uns nachvollziehbaren Möglichkeiten. Und hier ist die Bilanz nicht sehr ermutigend, zumal wir schnell auf die vorhin vorgestellten Aporien zurückkommen. Der vermutlich von Raúl Prebisch, dem ersten Direktor der CEPAL<sup>33</sup> und Gründer der UNCTAD<sup>34</sup>, geprägte Begriff des „desarrollismo“<sup>35</sup>, für ca. 20 Jahre lang die beherrschende Entwicklungs- und Verselbständigungsdoktrin Lateinamerikas, scheint der japanischen Konzeption des „development state“ zu entsprechen, der auch in Teilen Ost- und Südostasien erhebliche Erfolge aufzuweisen hatte. Und doch haben die Leitbegriffe aus Lateinamerika und aus Asien wenig miteinander zu tun, weil die Japaner von Anfang an den Staat als konstitutiven Mitspieler einschlossen, was im klassischen „cepalismo“ eher eine Randgröße war.

### **NACHHOLENDE ENTWICKLUNG VON STAAT UND STAAT ALS GESTALTUNGSKOMPONENTE IN DER GLOBALISIERUNG**

„Staatlichkeit war in Entwicklungsgesellschaften seit der Unabhängigkeit immer nur begrenzt gegeben.“<sup>36</sup> Das gilt sicher nicht ausnahmslos, bestimmt nicht für Brasilien und Mexiko, nur bedingt für Chile, auch nicht mehr als ein

33 | CEPAL = Comisión Económica para América Latina y el Caribe. Eine wichtige VN-Institution, die Jahre lang die lateinamerikanische Wirtschafts- und Entwicklungspolitik prägte.

34 | UNCTAD = United Nations Conference on Trade and Development, die im sog. Nord-Süd-Dialog eine herausragende Rolle spielen sollte.

35 | „desarrollo“ (span.) = Entwicklung.

36 | Joachim Betz, „Staatlichkeit von Entwicklungsländern: Ein Beitrag zur Debatte“, *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17/3, 2007, 735-757.

Jahrhundert später für Indien. Es gilt aber doch überwiegend. Die Begrenztheit hat viele Ursachen. Es überschneiden sich vormoderne und nicht ausreichend strukturierte Herrschaftsverhältnisse mit semikolonialen oder offen imperialistischen Bevormundungen, aus fremden Interessensphären zusammengestückelte Zusammenschlüsse von Volksgruppen mit oft nicht einmal einsichtigen territorialen Abgrenzungen, unklare Legitimationsverhältnisse, eine von den beherrschenden Mächten Europas, später den USA und auch Japan verweigerte Souveränität, nicht selten undefinierte Zugehörigkeiten der Bewohner von „Grenzzonen“ zu den Herrschaftsverbänden (Es konnten manchmal mehrere sein, wie im nordwestlichen Myanmar!) und etliches mehr. Das alles oft auf sehr unterschiedlichen ethnischen, kulturell-historischen und religiösen Fundierungen, die von alten und immer noch nachwirkenden Hochkulturen über halbzivilisierte soziale und oft nicht den Namen eines politischen Verbandes verdienende Erscheinungen wie in großen Gebieten Afrikas bis hin zu bürokratisch-patrimonial aufgebauten Herrschaftsgebilden reichten, wie dies z.B. für die offiziell als Reichsteile verstandenen spanischen Herrschaftsverhältnisse in dem später als Lateinamerika bezeichneten Teil der Welt galt.

Die Souveränitätsverweigerung von außen hing sicher zum einen damit zusammen, dass die westlichen Dominationsmächte diesem wenig oder nur sehr begrenzt wirkenden Erscheinungsbild von höchst vielfältigen Zivilisationen in Ansätzen hilflos und irritiert gegenüberstanden, zum anderen und dann immer deutlicher mit dem doppelten Gefühl einer eindeutigen zivilisatorischen Überlegenheit und mit der eingebildeten Berechtigung, aus all dem einen eigenen machtpolitischen und ökonomischen Nutzen zu ziehen, nicht zuletzt im Konkurrenzverhältnis untereinander. Natürlich ist dabei der nicht-westlichen Welt nicht entgangen, dass die westliche Welt ihr in sehr vielen Aspekten (und keineswegs nur in der Waffentechnik) eindeutig überlegen war, so dass sich auch Imperialismus und Kolonialisierung nicht einfach als von außen einseitig eindringendes Gewaltmonopol begreifen ließen. Weitsichtige Herrscher bzw. politische Eliten haben spätestens im 19. und erst recht im 20. Jahrhundert begriffen (z.B. im Siam), dass man nicht

**Weitsichtige Herrscher haben z.B. im Siam begriffen, dass man nicht umhin kam, sich möglichst dezidiert einem Lernprozess des Aufholens zu stellen, wenn man nicht die eigene Identität vollständig verlieren wollte.**

**Der Begriff der „nachholenden Entwicklung“ fängt das strategische Ziel ein: Der Normalität westlicher Staatlichkeit möglichst nahe zu kommen oder diese Staatlichkeit sogar in ihren Leistungen zu übertreffen.**

umhin kam, sich möglichst dezidiert einem Lernprozess des Aufholens zu stellen, wenn man nicht die eigene Identität oder eine eigene Autonomie vollständig verlieren wollte. Dies war am beeindruckendsten im Japan in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Fall, wenig überzeugend dagegen im China Maos. Der Begriff der „nachholenden Entwicklung“ fängt das strategische Ziel ein: Der Normalität westlicher Staatlichkeit möglichst nahe zu kommen oder diese Staatlichkeit sogar in ihren Leistungen noch zu übertreffen, was u.a. für eine Zeit lang die Zukunftsvision der kommunistischen Staaten war.

Sieht man sich die politikwissenschaftlichen Lehrbücher unserer Zeit an, ist man mit Blick auf die nicht-westliche Welt aus dieser anvisierten Zukunftsvorgabe selten hinausgekommen, wenngleich dies nicht bedeuten musste, dass man die in diesem Denken bzw. Zugriff enthaltenen Illusionen nicht übersehen kann und konnte. Das zeigt sich besonders in den anhaltenden Diskussionen um schwache oder sogar zerfallende Staaten, für die inzwischen zahlreiche vergleichende Tabellen vorliegen, z.B. „Fund for State Index“ der Zeitschrift *Foreign Affairs* mit seinem Index für „failed states“ aus dem Jahre 2009. Die sehr kritischen Fälle heißen dort Kongo, Zimbabwe, Sudan und eine ganze Serie weiterer afrikanischer Staaten mit Werten über 100 (von einem Maximum von 120 für die Minusrichtung), was letztlich darauf hinausläuft, dass etwa zwei Drittel der internationalen Staatenwelt die Referenzgröße gar nicht oder kaum je erreichen können.

Zu dem westlichen Zivilisations- und Entwicklungsvorbild gehörte auch jene westliche Organisations- und Normenkategorie, die als Staat oder Staatenwelt und immer deutlicher auch mit einer korrespondierenden Gesellschaftswelt in Erscheinung trat. Das hat mit ersten Anlaufversuchen u.a. für Siam, dem heutigen Thailand (besonders unter König Chulalongkorn) geglungen, dann, wie schon angedeutet, mit großer Deutlichkeit und Konsequenz für Japan, nachdem die „schwarzen Schiffe“ des amerikanischen Commodore Perry 1854 das Land geöffnet hatten und die Japaner selbst mit einer weltgeschichtlich einmaligen Energie, die später nur noch in etwa vom nachmaoistischen China unter Deng Hsiao Ping erreicht wurde, Züge

der westlichen Moderne so schnell wie möglich einzuholen versuchten. Heutzutage ist in einigermaßen ausgereiften Staaten die Zivilgesellschaft – manchmal, vielleicht ein wenig vorschnell, auch Bürgergesellschaft genannt – gleichsam die andere Seite der Münze geworden. Anders formuliert: Ein einigermaßen modernes Gemeinwesen ist ohne eine leistungs- und letztlich auch artikulationsfähige Mittelschicht nicht zu denken. Der Westen wurde somit auch in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht zur internationalen Referenzgröße für politische Modernisierung, auch wenn es – völlig nachvollziehbar – in den meisten Ländern indigene Vorbehalte und Konservierungsversuche gibt, die dann bis in politische Stil- und Verhaltensformen gehen können – z.B. bis in einen politischen und gesellschaftlichen Klientilismus, der westlichen Idealvorstellungen von sozialer und administrativer Rationalität und leistungsbezogener Mobilität entgegenläuft.

Der politikwissenschaftliche Durchbruch zu einer gezielten Beschäftigung mit der nicht-westlichen Welt sollte von dem Jahre lang in Stanford lehrenden Gabriel A. Almond und seinen Kollegen ausgehen in Form der

**Einer modernen, global einsetzbaren Politikwissenschaft stünde es gut an, ihren Theoriebedarf von außen zu decken, wenn sich in avancierteren Disziplinen Impulse zeigten.**

Entwicklung eines analytischen Rahmens, der in der Absicht vorgestellt wurde, eine vergleichende Bearbeitungsmethode „for political systems of all kinds“ bereitzustellen.<sup>37</sup> Eine moderne, global einsetzbare Politikwissenschaft, so Almond, habe mit einem auf Verhalten und Prozesse ausgerichteten Kategoriengeflecht zu arbeiten, und es stünde ihr gut an, ihren Theoriebedarf dann von außen zu decken, wenn sich in avancierteren Disziplinen wesentliche theoretische Impulse zeigten. Das konnte konkret Soziologie bedeuten, Anthropologie (Ethnologie), Biologie, Wirtschaftslehre, Kybernetik, Meinungsforschung – je nach Problemstellung und Bedarf.

## **EIN ZWISCHENFAZIT**

Aus internen wie externen Gründen bieten die failed states kaum ein Potential für einen Zugewinn zu einer effektiven, größeren Autonomie, die von Anfang an ein sehr wesentliches Kennzeichen des modernen Staates war und

dies auch geblieben ist. Ob damit ein gleichsam ewiges pseudostaatliches Schicksal der Unfähigkeit zu nachholenden Entwicklung ausgesprochen ist, muss hier offen bleiben. Bei aller Skepsis bezüglich einer weltweiten positiven Überwindung von defizitärer Staatlichkeit, prekären individuellen und gruppenspezifischen Mitwirkungschancen, Herabsetzung von Marginalitätsniveaus und

**Kritiken gehören seit Jahren in die internationalen Überlegungen zur Entwicklungshilfe. Des ungeachtet wird man nicht leugnen können, dass es auf vielen Gebieten positive Entwicklungsbewegungen gibt.**

fehlender oder eingeschränkter wirtschaftlicher Verantwortung oder zumindest Mitverantwortung und trotz aller nachvollziehbaren Einwände gegen die „Segnungen“ der Entwicklungszusammenarbeit.<sup>38</sup> An solchen Kritiken ist vieles zutreffend und gehört seit

Jahren in die internationalen Überlegungen zur Entwicklungshilfe. Des ungeachtet wird man nicht leugnen können, dass es auf vielen Gebieten positive Entwicklungsbewegungen gibt, man denke an Armutsbekämpfung, medizinischen Fortschritt, Hygienepolitik, Bildung, den relativen Abbau der Geschlechterdiskriminierung und dergleichen. Die Frage bleibt aber auch hier: Reicht das aus, um im Zuge einer nachholenden Entwicklungspolitik und auch unter Umständen signifikanten Hilfe von außen in einer erkennbaren Zukunft jene Stücke an staatlicher Normalität zu erreichen, von denen in diesem Aufsatz die Rede ist? Mit dem Entwicklungssprung von politischer Unterentwicklung zu begrüßenswerten Tendenzen der Verbesserung relevanter Lebensverhältnisse ist die modernste Diskussionssebene um Staatlichkeit jenseits des bisher vom Westen Vorgelegten noch nicht erreicht. Wenngleich neuere Erweiterungen der praktischen Entwicklungspolitik immer noch zu sehr unter dem früheren ökonomistischen Erbe leiden, ist mit dem „good governance“-Konzept dank einer Initiative der Weltbank endlich der politische-administrative Bereich von Entwicklung und Unterentwicklung thematisiert und auch programmatisch in Angriff genommen worden.

„Good governance“ ist mittlerweile oft ein Schlagwort geworden, bleibt aber als Arbeits- wie Theoriekonzept ein Stück Garantie, dass gouvernementale und gesellschaftliche Ebenen anders als früher Beachtung finden. Sieht man sich das Konzept zur Gänze an, dann handelt es sich

38 | Vgl. Paul Kevenhörster und Dirk van den Boom, *Entwicklungspolitik*, Wiesbaden, 2009.

um ein topisches Bündel von Gesichtspunkten und/oder Erfordernissen, die zu einem „normalen Staat“ gehören. Daher machen auch Auflistungen solcher Topoi, wie sie u.a. bei Joachim Betz unter der Überschrift „Einzelne Dimensionen von Staatlichkeit“ vorgetragen werden – nämlich „Gewaltmonopol und Besteuerungskapazität, Rechtsstaat, Demokratie, Wohlfahrt“<sup>39</sup> – einen Sinn, weil sie nicht nur an das erinnern, was man mit moderner Staatlichkeit verbindet, sondern auch daran, was in den Ländern der Dritten Welt noch fehlt. Dies gilt insbesondere für Länder unterhalb der Schwellenlandebene. Es setzt sich aber nach und nach in allen Kontinenten eine weitere Handlungs- und Analyseebene unter dem Stichwort „Global Governance“ durch, also die aktive Umsetzung von Aspekten der Globalisierung bis in die Gebiete der Staatlichkeit. Dirk Messner und Franz Nuscheler haben eine sehr brauchbare dreifache Definition von „Global Governance“ geliefert:<sup>40</sup>

**Es setzt sich nach und nach in allen Kontinenten eine weitere Handlungs- und Analyseebene durch: „Global Governance“, also die aktive Umsetzung von Aspekten der Globalisierung bis in die Gebiete der Staatlichkeit.**

- *Global Governance* bedeute erstens die Neudefinition von Souveränität, die – verstanden als selbstbestimmte Herrschergewalt nach innen und außen – durch die Globalisierungsprozesse unterminiert werde. Global Governance verlange die Akzeptanz geteilter Souveränitäten durch Übertragung von Handlungskompetenzen auf lokale, regionale und globale Organisationen zur Lösung von Problemen, die Nationalstaaten nicht in ihrem Alleingang lösen könnten.
- *Global Governance* bedeute zweitens die Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit durch internationale Regime mit verbindlichen Kooperationsregeln, die auf einer Verrechtlichung der internationalen Kooperation abziele.
- *Global Governance* meine drittens das Bewusstwerden gemeinsamer Überlebensinteressen und stehe für eine Außenpolitik, die sich normativ an einem Weltgemeinwohl orientiere.

39 | Betz, „Staatlichkeit von Entwicklungsländern: Ein Beitrag zur Debatte“, Fn. 36, 741 ff.

40 | Im Folgenden fast wörtlich zitiert aus: Dirk Messner und Franz Nuscheler, „Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“, Stiftung Entwicklung und Frieden, *Policy Paper 2*, Bonn, 1986.

Messner und Nuscheler listen einen Handlungsrahmen der Global Governance-Architektur auf,<sup>41</sup> der aus folgenden Ebenen bestehe: dem Nationalstaat, VN-Organisationen, regionalen Integrationsprojekten, lokaler Politik und der jeweils nationalen und globalen Zivilgesellschaft. Eine moderne, global verantwortliche und zukunftsweisende Politik wird in vieler Hinsicht zu einer Mehrebenenpolitik, die bewusst gewollte supranationale Einlagen hat wie dies für die Europäische Union gilt, in einem begrenzteren, aber faktisch fühlbaren Umfang auch für den riesigen VN-Bereich, immer zahlreicher gewordene zwischennationale Kooperations- und Dialogforen (APEC, die ASEAN-Gruppe, in Ansätzen auch UNASUR<sup>42</sup> und ALBA<sup>43</sup>).

Die globalisierte Welt ist immer mehr weltweit akzeptierten Verhaltens- und Erlaubnisstandards ausgesetzt, die man vielleicht nicht um jeden Preis befolgen müsste, die aber fühlbar zur Bewahrung einzelstaatlicher oder regionaler Stabilität beitragen. Internationale Regime greifen ebenfalls in die tatsächliche Verhaltenshoheit von Staaten Selbständigkeit ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte ein. Man muss sich ihnen nicht um jeden Preis unterwerfen, man kann sogar ihre Verbindlichkeitskriterien zu verändern suchen. Sich aus ihren Geflechten völlig herauszulösen, bedeutet indessen eine empfindliche Isolation in einer immer deutlicher global vernetzten

**Eine erreichte klassische staatliche Normalität reicht längst nicht mehr aus, um sich in der Staatenwelt unserer Gegenwart sicher und möglichst auch mitgestaltend zu bewegen.**

Welt und reduziert daher sehr drastisch ein wesentliches Kennzeichen des modernen Staates, nämlich Handlungs- und relative Zielsetzungsautonomie. Eine erreichte klassische staatliche Normalität reicht längst nicht mehr aus, um sich in der Staatenwelt unserer Gegenwart sicher und möglichst auch mitgestaltend zu bewegen.

Klaus Dieter Wolf hat in einer umfangreichen Studie das Konzept einer „Neuen Staatsräson“ vorgestellt:<sup>44</sup> Die klassische Staatsräson kreiste um nationale Interessen, die

41 | Ebd., 5.

42 | UNASUR = Union Südamerikanischer Nationen (Unión de Naciones Sudamericanas).

43 | ALBA = Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerika (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América).

44 | Vgl. Klaus Dieter Wolf, *Die Neue Staatsräson – Zwischen staatliche Kooperation als Demokratietproblem in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden, 2000.

um die Pole Sicherheit und Selbstbehauptung definiert wurden. Die „Neue Staatsräson“ sei stark gebunden an eine bejahende Vorstellung von innergesellschaftlicher Regierungsfähigkeit und zwischenstaatlicher Anerkennung. Sie verringere staatliche Autonomie in ihrem tabuisierten traditionellen Verständnis. Zugleich beobachteten wir einen deutlichen Zugewinn an externen Möglichkeiten sowie eine stärkere Gewichtung des Einflusses internationaler bzw. transnationaler Kräfte, die sich der Logik einer Mehrebenenpolitik nicht entziehen können. Diese Mehrebenenpolitik schafft im optimalen Falle eine veränderte und gesteigerte staatliche Problemlösungskompetenz,<sup>45</sup> weil gesellschaftliche Potentiale ganz anders genutzt werden können als im klassischen Nationalstaat der ein für allemal festgelegten Souveränität, und weil neue und erweiterte Ressourcen für in erster Linie international vermittelte Problemlösungen zur Verfügung stehen, über die der Einzelstaat für sich allein nicht verfügt.

Auch heute und bis auf Weiteres bleibt der Staat die leitende Größe politischer Legitimierung. Es kommt ihm weiterhin meist das Ausschlag gebende Gewicht als Vetopower zu. Die neue Souveränität lebt von einer vielschichtigen und auch genutzten Politikverflechtung, die ihr eine sichtlich gesteigerte Flexibilität, Anpassungsfähigkeit an veränderte Lagen und Mitwirkungschancen in einem komplizierten national-regional-globalen Spiel der Weltpolitik einräumt. Michael Zürn hatte bereits im Untertitel seines Buches *Regieren jenseits des Nationalstaates* darauf aufmerksam gemacht, dass Globalisierung und Denationalisierung zusammenfinden.<sup>46</sup> Für die Mitgliedsländer der Europäischen Union ist dies immer selbstverständlicher geworden, wobei sie zum Teil durch nationales Verfassungsrecht unterstützt werden. In Lateinamerika mit seinen verschiedenen Kooperations- und Integrationskreisen bewegt sich manches zumindest in ähnliche Richtungen, wenngleich auch dort die nationale Souveränität wohl noch für Jahre die entscheidende und bremsende Tabugröße bleibt. Noch vorsichtiger deuten sich erste Tendenzen

**Bis auf Weiteres bleibt der Staat die leitende Größe politischer Legitimierung. Es kommt ihm weiterhin meist das Ausschlag gebende Gewicht als Vetopower zu.**

45 | Vgl. ebd. 64.

46 | Vgl. Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt am Main, 1998.

des Eindrucks der Denationalisierung in Ostasien an. Die nach der Asienkrise von 1997/98 einsetzende Diskussion um eine ostasiatische Währung, die in neuen Spielformen mit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09 erneut, diesmal unter chinesischer Führung, aufgekommen war, zeigt dies unübersehbar, zumal man weder in Japan noch in China, Südkorea oder in führenden ASEAN-Ländern in solchen Überlegungen einen sich anbahnenden Verlust an Globalisierungskapazität sieht. Eine Art Gleichgewicht zwischen Globalisierung und Denationalisierung wird umso stabiler bleiben, je weniger man Teilen der Dritten Welt eine zumindest schon halbwegs erreichte Normalstaatlichkeit bescheinigen kann, d.h. sie würden sonst von einem Regieren schon des eigenen Staates schlicht überfordert, geschweige denn von einem Mitwirken in trans- oder überstaatlichen Instanzen.

In der nordamerikanischen Literatur sind ökonomische Effizienzkriterien aufgekommen, die mit vier Kategorien arbeiten: „rule breaker“, „rule maker“, „rule taker“, „rule sharer“. Für das Thema dieses Aufsatzes ist primär das Begriffspaar „rule maker“ und „rule taker“ interessant. In der Lateinamerikanistik waren bei der Vorstellung der historisch neuen Situation von Globalisierung die Kriterien „rule taker“ und „rule maker“ aufgekommen. Sie sollen hier nicht als exklusive Handlungsalternativen interpretiert werden. Denn nach aller historischen Erfahrung mit Staatlichkeit oder zumindest politischen Herrschaftsverbänden hat es keine oder so gut wie keine politische und auch keine politisch-wirtschaftlich-soziale Einheit gegeben, die einseitig auf „rule taking“ verzichten konnte.<sup>47</sup> Insgesamt ist aber unsere späte westliche Moderne der den Planeten prägende „rule maker“-Mechanismus geworden und dies auch bisher trotz aller Vorerwartungen eines Asiatisch-pazifischen oder gar Chinesischen Jahrhunderts geblieben.<sup>48</sup> Vorbei gehen allerdings die Zeiten, in denen einzelne moderne Mächte in ihrem größeren regionalen

**Nach aller historischen Erfahrung mit Staatlichkeit hat es keine politisch-wirtschaftlich-soziale Einheit gegeben, die einseitig auf „rule taking“ verzichten konnte.**

47 | Vgl. Patricia Buckley Ebrey, *China: Eine illustrierte Geschichte*, Baden-Baden, 1996.

48 | Vgl. Manfred Mols, „Lateinamerikas internationale Zukunft. Der Subkontinent zwischen ‚Dependencia‘ und Globalisierung“, in: Stephan Scheuzger und Peter Fleer (Hrsg.), *Die Moderne in Lateinamerika. Zentren und Peripherien des Wandels*, Frankfurt am Main, 2009.

Umfeld oder gar auf globaler Ebene nach Eigeninteresse als einseitiger „rule maker“ auftreten können.

Die „rule makers“ des 16. bis 21. Jahrhunderts wussten immer eine ungleich größere Menge an Macht, Einfluss und internationaler Regelsetzung aufzuweisen und einzusetzen als „die anderen“, die, manchmal widerstrebend, in anderen Fällen ihre Positions-zuweisung als vorläufig ansehend, zu „rule takern“ oder zu Mitfahrern im „band wagoning“ in einer Welt wurden, die sie kaum oder gar nicht mitdefinierten und mitbestimmten. Hier müssen einige Dinge nachgetragen oder noch mal aus den vorhergehenden Teilen dieses Aufsatzes erinnert werden.

Für die meisten Entwicklungsländer bedeutet der Sprung von der politischen Unterentwicklung zur (westlichen) Normalstaatlichkeit schlicht eine Überforderung. Die vielen gescheiterten und/oder zerfallenden Staaten bringen dazu keine institutionelle und keine kulturelle Ausstattung mit. Sie täuschen allenfalls im äußeren Erscheinungsbild eine gegenwartsbezogene Para-Normalität vor. Von einer autoritativen Allokation von Werten im Sinne David Eastons kann keine Rede sein. Noch viel weniger kommen Aggregations- und Artikulationspotentiale – um hier Almonds Begriffe aufzugreifen – aus den Bereichen der Gesellschaften auf, die sich in vielen Fällen noch gar nicht strukturiert haben oder dies auch ob ethnischer Brüche, religiöser Abgrenzungen und Zersplitterungen oder marginalen oder semimarginalen Ausschlüssen auch gar nicht könnten. Wer die nachholende Modernisierung nicht schafft, kann auch nicht mit den doppelten Folgen der Modernisierung und Globalisierung fertig werden oder diese gar aktiv mitgestalten.

**Wer die nachholende Modernisierung nicht schafft, kann auch nicht mit den doppelten Folgen der Modernisierung und Globalisierung fertig werden.**

Da Globalisierung „die gelebte Erfahrung einer Epoche“<sup>49</sup> ist, also ein Phänomen, das Kultur und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Ordnungsvorstellungen, Forschung und Innovation, internationale Einbindungen und Formen der Kooperationsfähigkeit betrifft, stellt sie sich als ein hoch vernetztes Interdependenzbündel dar, aus dem man auch dann nicht mehr viel herausnehmen kann,

49 | Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts*, 2. Aufl., Frankfurt am Main, 1997, Einleitung.

wenn nicht jedes Land alle dieser Kriterien und schon gar nicht in gleicher Intensität erfüllen kann. Dänemark lebt integriert in der modernen globalisierten Welt, ohne indessen in jeder Hinsicht zu den „rule makers“ zu gehören. Aber es kann seine Rolle in dem immer schwankenden Gleichgewicht zwischen „rule making“ und „rule taking“ ohne jede antimodernistische Diskriminierung ausfüllen. Mit Kador könnte man es als „rule sharer“ bezeichnen. Gleiches könnte man weder für die meisten afrikanischen Staaten noch für Lateinamerika sagen (hier vielleicht Brasilien und eventuell noch Mexiko ausgenommen) und sicher auch nur noch für eine Handvoll der asiatischen Länder wie Singapur, Taiwan, Südkorea, die entwickelten Zonen Indiens und Chinas.

„In der Regel sind Entwicklungsländer ökonomisch und sozial von Disparitäten gekennzeichnet, von asymmetrischer Integration in die Weltwirtschaft, von prekären politischen Systemen“, schrieb Jochen Hippler in der *APuZ*.<sup>50</sup> Letztere kennzeichnet er zu Recht so: Wir haben es mit einem „Kontext schwerster sozialer Probleme [...] und einer meist ungleichen, oft autoritären, diktatorischen oder neopatrimonialen Machtverteilung“ zu tun, „in der sich soziale und politische Eliten zuerst um ihre eigenen und oft kaum um die gesamtgesellschaftlichen Probleme kümmern. Häufig sind die Gesellschaften auch sprachlich, ethnisch und religiös fragmentiert, so dass sich politische und wirtschaftliche Konflikte nicht selten in ‚kulturellen‘ Formen ausdrücken und so schwerer lösbar werden“.<sup>51</sup> Damit entfallen nach Hippler unter Globalisierungsbedingungen weitgehend die lange Zeit diskutierten Chancen eines Staatsbildungs- und „Nation-Building“-Prozesses, weil die Zumutungen von Modernisierung mit ihrer Verrechtlichungen und auf pluralistische Liberalisierungen ausgerichteten Impulsen in nicht wenigen Fällen eher destabilisieren als aufbauen.

Es konnte daher kein Zufall sein, dass schon vor Jahren von im Feld erfahrenen Politikwissenschaftlern von Diktatur „als Staatsmodell für die Dritte Welt“ gesprochen

50 | Ebd.

51 | Ebd.

wurde.<sup>52</sup> Die Diktatur-Ableitungen mögen sich gewandelt haben, zumal man in vielen Ländern auf formelle Wahlen Wert legt. Der „elektorale Autoritarismus“, für den für Afrika gesprochen wird<sup>53</sup>, ist letztlich eine neue Spielform von Diktatur, die sich auch im Nahen und Mittleren Osten und in Lateinamerika findet. Das schließt nicht aus, dass es in Einzelfällen Ansätze zu einer demokratischen Konsolidierung (wie z.B. in Ghana) gibt.<sup>54</sup> Lateinamerika ist in einer Art Schwebelage geblieben. Nach der gegen Ende der siebziger Jahre einsetzenden (Re-)Demokratisierungswelle<sup>55</sup> ist es – bei allen Unterschieden von Land zu Land – in den meisten Fällen zu Mischformen zwischen Autoritarismus, Klientelismus, Patrimonialismus und Ansätzen eines semikompetitiven Pluralismus gekommen. Lateinamerika könnte sich auch nicht darauf berufen, zur Gruppe der kürzlich unabhängig gewordenen Staaten zu gehören: Fast alle seiner Staaten können auf eine knapp 200-jährige Unabhängigkeit zurückblicken.

Bleibt die Frage: Was müssten Staaten denn leisten, um in der Globalisierung zu bestehen bzw. mitgestaltend zu wirken? Aus politikwissenschaftlicher Sicht muss ein ganz und gar zentraler Beitrag die aktiv-konstruktive Teil-

**Ein zentraler Beitrag von Staaten muss die konstruktive Teilhabe am ordnungspolitischen Gesamtgefüge der Welt und seinen möglichen Verbesserungen in Richtung auf eine globale Verallgemeinerungsfähigkeit sein.**

habe am ordnungspolitischen Gesamtgefüge der Welt und seinen möglichen Verbesserungen in Richtung auf eine globale Verallgemeinerungsfähigkeit sein. Kishore Mahbubani<sup>56</sup> und andere<sup>57</sup> fordern die gezielte Rückbesinnungen auf die „governance“-Seite des menschlichen Zusammenlebens, in der man vom Westen viel lernen, aber längst nicht alles übernehmen sollte. „Good governance is not associated with any single political system or

52 | Vgl. Hans F. Illy, Rüdiger Sielaff und Nikolaus Werz, *Diktatur – Staatsmodell für die Dritte Welt?*, Freiburg / Würzburg, 1980.

53 | Vgl. Gero Erdmann und Christian von Soest, „Diktatur in Afrika“, *GIGA Focus* Nr. 8, Hamburg, 2008.

54 | Vgl. Sebastian Elischer, Afrikas neues Vorbild? Ghana auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung, *GIGA Focus* Nr. 1, Hamburg, 2009.

55 | Vgl. Manfred Mols, *Demokratie in Lateinamerika*, Stuttgart, 1985.

56 | Vgl. Kishore Mahbubani, *Can Asians Think*, Singapur / Kuala Lumpur, 1999.

57 | Vgl. Michael Yeoh et al. (Hrsg.), *Globalisation and its Impact on Asia. Sharing Knowledge, Ideas and Information*, Selangor, 2003.

ideology. It is associated with the willingness and ability of the government to develop economic, social and administrative systems that are resilient enough to handle the challenges brought about in the new economic era we are moving into it.“<sup>58</sup>

So verständlich die Position von Mahbubani ist, so sehr muss allerdings gleichzeitig auch die Frage erlaubt sein, ob es zur Zeit und wohl auch morgen und übermorgen in der westlichen Welt genügend Kräfte gibt, die an einem solchen ordnungspolitischen Programm der Zivilisationsfusionen mitarbeiten könnten. Die Zeiten des Ibn Chaldun in der arabisch-muslimischen Welt sind vorbei.

**In Lateinamerika spielen indigene Aggregations- und selbst Restitutionsversuche eine vor Jahren fast unbekannte Rolle. Sie sind Plädoyers für eine wahrscheinlich überfällige indigene Partizipation.**

Der von Léopold Sédar Senghor, Aime Césaire und Léon Damas entwickelte Gedanke der „négritude“ kam über den Versuch eines Verteidigungsinstruments gegen die französische Bevormundung nicht hinaus. In

den stärker indianisch eingefärbten Ländern des heutigen Lateinamerika spielen indigene Aggregations- und selbst Restitutionsversuche eine vor Jahren fast unbekannte Rolle. Sie sind Plädoyers für eine wahrscheinlich überfällige indigene Partizipation in Staat, Sozialgefügen, Wirtschaft und Kultur. Doch sie bleiben vor dem Forum einer sich globalisierenden Welt nahezu bedeutungslos. Entsprechend ist gerade von japanischer Seite diese Art von Identitätssuche kritisiert worden: Die „Suche nach nationaler Identität ist mehr ein Bemühen, neue Realitäten anzugehen als eine Bestätigung von Traditionen“.<sup>59</sup>

Globale, aktive Staatlichkeit setzt ordnungspolitische Eingaben voraus, einen eigenen Anteil an Forschung und Entwicklung, einen enttabuisierten Umgang mit dem Souveränitätsproblem und schließlich eine Vielzahl von Mitgestaltungsaktivitäten in den außenpolitischen, außen-gesellschaftlichen und außenwirtschaftlichen Institutionen-gefügen der Welt, so wie dies in ähnlicher Weise Stefan Fröhlich für die Europäische Union beschrieben hat.<sup>60</sup>

58 | Mahbubani, *Can Asians Think*, Fn. 56, 31.

59 | Kitaoka, „Japan's Identity and What it Means“, in: Ito et al. (Hrsg.), *Japan's Identity* Fn. 29, 27.

60 | Vgl. Stefan Fröhlich, *Die Europäische Union als Globaler Akteur: Eine Einführung*, Wiesbaden 2008.

Interessanterweise findet sich bei Fröhlich ein Unterkapitel mit der Überschrift „Pax Americana‘ oder Missbrauch des globalen Führungsanspruchs als zentrale Herausforderung“.<sup>61</sup> Europas führende Staaten und auch die Union selbst können sich wehren, da sie mit ausreichenden Potentialen der eigenen Mitwirkung an der Globalisierung ausgestattet sind. Gilt dies indessen auch für die meisten Staaten und Länder der nicht-westlichen Welt?

Zu einer zielführend auf Modernisierung hinweisenden Diskussions- und Politikrichtung gehören außer einer sich nicht im Ökonomischen erschöpfenden Ordnungspolitik und einem aktiven Mitwirken an der fortschreitenden Technisierung der Welt, zu deren Beherrschungspotentialen mehr die Mitverantwortung an der notwendigen weltweiten Abschwächung der globalen Klimakatastrophe zählt, eine gesicherte und ökologisch vertretbare Energie- und Wasserversorgung, unserer Zeit und ihren Anforderungen angepasste gesellschaftliche Strukturen und Einstellungsmuster. Hier hat sich seit Jahren, was viele Länder der Dritten Welt angeht, über Urbanisierung, Industrialisierung, Rationalisierung des Arbeitsprozesses, moderne Kommunikationsformen, Bildung usw. einiges getan, was die global-historische Rationalisierungsthese Max Webers zu bestätigen scheint. Urs Schoettli hat die These vertreten, dass sich in China allmählich eine Art moderne Bürgergesellschaft entwickle, die aus der Vormoderne in eine immer beachtlichere Moderne dränge, die immer weniger alte Verkrustungen tabuisiere und die Politik beeinflusse.<sup>62</sup> Entsprechend kennt die moderne Asienliteratur eine ganze Serie von ost- und südostasiatischen, früher unbekanntem Herausforderungen für auf Demokratisierungen hinauslaufende modernistische Ansätze,<sup>63</sup> hinter denen aber immer auch ein Druck aus dem Westen steht, sich in „normale“ (sprich westliche) zivilisatorische Standards einzufügen, die letztlich westlichen internationalen und westlichen ökonomischen Interessen entsprechen.

**In China entwickelt sich allmählich eine Art moderne Bürgergesellschaft, die aus der Vormoderne in eine immer beachtlichere Moderne drängt, die immer weniger alte Verkrustungen tabuisiert und die Politik beeinflusst.**

61 | Ebd. 156 ff.

62 | Vgl. Urs Schoettli, *China. Die neue Weltmacht*, Paderborn, 2007.

63 | Vgl. z.B. Daniel A. Bell, *East Meets West*, Princeton, 2000.

Damit sind wir bei einem delikaten Punkt für die Entwicklung von Staatlichkeit in der Dritten Welt angelangt. Es ist geradezu Mode geworden, von fast überall feststellbaren Trends zur Demokratie zu sprechen (und dies selbst dann noch, wenn man diese Demokratien mit einschränkenden Adjektiven versehen muss). Die pro-modernistische, pro-demokratische Literatur ist kaum noch zu übersehen, wobei fast weltweit stattfindende Wahlen in munterer Anlehnung an Huntingtons „Dritte Welle“<sup>64</sup> die Erweisgrundlage für die Richtigkeit solcher „Belege“ abgeben. Lässt sich Demokratie tatsächlich exportieren bzw. importieren? Die häufig als Paradigmen herangezogenen Beispiele (West-)Deutschland und Japan taugen nicht viel, weil sie für beide Länder wesentliche historische Voraussetzungen übersehen.

### **BELASTENDE GRUNDZÜGE FÜR STAATLICHKEIT IN DER NICHT-WESTLICHEN WELT**

Die nicht-westliche politische Welt hat relativ wenig historisch Gewachsenes, das konstruktiv in die Gegenwart hineinragt, sieht man von Kulturräumen wie Indien mit seinem Konglomerat aus Fürstentümern und

**Die nicht-westliche politische Welt hat relativ wenig historisch Gewachsenes, das konstruktiv in die Gegenwart hineinragt. Willkürliche interne wie externe Grenzziehungen waren die Regel.**

lokalen Herrschaftsgebilden ab. Man befohlete und unterwarf, wobei nicht nur politische Machtansprüche das treibende Motiv waren, sondern immer wieder auch Vorstellungen von religiöser Unterwerfung (hier u.a.

Islam versus hinduistische Religionsformen). Später haben die Briten Indien kolonisiert bis hin zur Deklaration eines indischen Kaiserreiches. Willkürliche interne wie externe Grenzziehungen waren die Regel. Das gilt in einem noch größeren Umfang für Afrika, wo die europäischen Kolonialmächte Grenzen quer durch ethnische Einheiten zogen. Und es trifft dies auch zu auf die Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches und des Mittleren Ostens. Auch in Lateinamerika haben Spanier und Portugiesen und später der faktische Hegemon USA wenig Sensibilität für Gewachsenes gezeigt. Ohne allzu grobe Vereinfachungen lässt sich sagen, dass die Aufbaulogiken von „state and nation-building“ relativ artifizielle Nachahmungen von Prozessen sind, die auch in Europa wahrlich nicht glatt verlaufen sind und immer noch deutliche Bruchstellen zeigen.

64 | Samuel Phillips Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, University of Oklahoma Press, 1991.

Im Einzelnen hat es in einigen Übersee-Ländern, manchmal dank des Einsatzes integrationsfähiger Persönlichkeiten, Ansätze zu nationalen Identifikationsmustern gegeben, z.B. der Aufbau einer *Mexicanidad* im Gefolge der mexikanischen Revolution oder einer *Brasilidade* durch Getúlio Vargas und einige seiner Nachfolger. Für das moderne China sind Mao und Deng Hsiao Ping zu nennen, für Vietnam Ho Chi Minh und der gewonnene Vietnam-Krieg. Aber schon am Beispiel des türkischen *Kemalismo* sieht man ganz deutlich, dass noch so weitsichtige staatsmännische Anstöße bis heute Grenzen zeigen. Nicht-westliche Staaten sind fast immer künstliche, konstruierte, meist durch Eroberungen und von außen auferlegte Akkulturationsprozesse geschaffene Gebilde. Es kommt so gut wie immer auf die Assimilierungszeit an, ob man sie als gewachsen ansehen mag oder in ihnen eine Gemeinschafts- oder gar Bürgergesinnung entstehen kann. Eine noch so bedeutende, aber zeitlich sehr ferne Vergangenheit ist kein Garant für eine integrierte Gegenwart. Das Erbe der Hochkulturen an Euphrat, Tigris und Nil wirkt genauso wenig nach wie ein Erbe des Inkareiches. Peru z.B. ist heute ein Land mit einer sehr hohen Margialisierungsrate. Abgelebte Traditionen zählen nicht, weil sie Brüche repräsentieren. Eine pharaonische Tradition am Nil bietet nichts mehr für das heutige Ägypten, auch nicht – trotz mancher Revitalisierungsbemühungen – die Kultur der Inkas oder Azteken und ihrer Nachbarvölker. In der gegenwärtigen staatstheoretischen Literatur werden erhebliche Anstrengungen unternommen, in der Dritten Welt ein modernes Staatsverständnis nachzuweisen. Viele dieser Unternehmen laufen auf eine „verkappte Modernität“ hinaus, d.h. auf eine Art Anschlussuche an eine moderne westliche Identität, die Überkommenes, Bewährtes nicht zur Gänze aufgeben will.

**Nicht-westliche Staaten sind fast immer künstliche, konstruierte, meist durch Eroberungen und von außen auferlegte Akkulturationsprozesse geschaffene Gebilde.**

Ein anderes belastendes Element ist häufig die von außen verweigerte Souveränität. Souveränitätseinbußen laufen heute indirekter, aber gleichwohl recht wirksam ab, etwa über Investitionen, eingeräumte oder erschwerte Marktzugangschancen, zunehmende Vernetzungen in gesellschaftlichen und politischen Bereichen, über früher nicht gekannte (sub-)regionale Ausstrahlungen stärker zu sich selbst gekommener Mächte wie China, Indien, Venezuela,

**Der Zivilisationsvorsprung der westlichen Welt ist für die meisten der übrigen Länder kaum einzuholen. Der Slogan „Hilfe zur Selbsthilfe“ greift hier wenig.**

Südafrika, Sicherheitsprobleme usw. Nimmt man die Gesamtheit der internationalen und teilweise auch regionalen Einbindungen, wie sie für die moderne Staatenwelt gelten, dann erkennt man sehr rasch, dass es in der Entwicklungswelt nur wenige Staaten gibt, die hier aktiv mithalten können. Der Zivilisationsvorsprung der westlichen Welt ist für die meisten der übrigen Länder der Welt kaum einzuholen. Der abgegriffene Entwicklungslogan „Hilfe zur Selbsthilfe“ greift hier wenig. Dies gilt nicht zuletzt auf ordnungspolitischen Gebieten, wo nicht nur innovative Vorschläge, sondern auch Gestaltungs- und Durchsetzungsmacht gefragt sind.

Es liegt zweitens in den meisten Ländern dieser Entwicklungswelt ein erhebliches Defizit an Eigenleistungen auf dem Doppelgebiet „Research and Development“ vor. Damit tragen sie nichts oder wenig zum Fortgang unserer gegenwärtigen, technologisch geprägten Weltzivilisation bei und bleiben in einer entsprechenden Abhängigkeit von dem, was diesbezüglich im Westen einschließlich Japans und mehr und mehr auch in Südkorea, China und Singapur erarbeitet wird.<sup>65</sup> Dies gilt noch mehr für grundsätzliche ordnungspolitische Diskussionen, wie sie seit ca. zwei Jahren die Finanz- und Realwirtschaft erfordern und ebenso ihre politischen Rahmenbedingungen betreffen. Hier ist die Dritte Welt den wirtschaftlichen und hegemonialen Machtstrukturen der immer noch dominierenden Welt der westlichen Industrieländer und immer mehr auch Chinas und Indiens ausgeliefert, die – ähnlich wie die USA – weniger durch konstruktives Engagement zur Verbesserung ins Gewicht fallen als durch Verweigerungshaltungen, die u.a. auch in der Umweltpolitik auffallen.

Verwandt mit all dem ist eine relativ geringe Einbindung in die Geflechte globaler Vernetzung. Afrika-Spezialisten berichten, dass es zur Zeit in Afrika ca. 130 Gruppierungen gebe, „die der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen oder der supranationalen Integration dienen sollen“. Und weiter: „Die meisten davon bestehen nur aus einem Büro und einigen Mitarbeitern. Oft sind sie Kopien nichtafrikanischer Institutionen, jedoch versuchen sie ihre Vorbilder

65 | Vgl. zu dem, was im Westen an Innovation und Wettbewerbsfähigkeit läuft: *UNESCO Science Report*, Paris, 2005.

nicht durch eine erfolgreiche Arbeit, sondern durch ambitionöse Statuten und Konzeptionen zu übertreffen.“<sup>66</sup> Hier kann man abermals verallgemeinern. Die internationalen Verflechtungen sind heute so dicht gewoben, dass ein einigermaßen lebensfähiger Staat hier diplomatisch mithalten müsste, sicher nicht in Stil und Umfang führender europäischer Staaten, wohl aber im Sinne einer gewissen Mitsprachefähigkeit. Dazu gehört ein Minimum an personeller Ausstattung, eine erhebliche professionelle Qualifikation, eigene Verwaltungsressourcen und ein Minimum an budgetären Mitteln, um sich an Projekten und staatsübergreifenden Gemeinschaftsaufgaben beteiligen zu können.<sup>67</sup> Wie will man denn in den Washingtoner Finanzinstitutionen seine eigenen Vorstellungen oder auch in der OECD oder anderswo Gehör finden, wenn sich die eigene Artikulationsfähigkeit auf die Übernahme anderweitigen Gedankengutes reduziert bzw. sich noch das Meiste von außen finanzieren lässt? Mutatis mutandis gilt dies auch für die Abhängigkeit von den großen Gebern EU (nicht zuletzt Deutschland und Frankreich), den USA, Japan und zunehmend auch vom „Entwicklungsland“ China. Beispielsweise hatte die überproportionale Berater- und Finanzierungshilfe der Europäer gegenüber dem Andenpakt oder den Kooperations- und Integrationsbemühungen in Zentralamerika mit Hilfe zur Selbsthilfe nichts mehr zu tun, wohl aber mit Behilflichkeit bei einer gewissen Unmündigkeit.

Damit kommen wir zu einem entscheidenden Punkt im Gefüge internationaler Politik und Hilfe. Es gibt einen faktisch weltweiten Trend zu regionalen Zusammenschlüssen, der inzwischen alle Kontinente und Regionen erfasst hat. Effektiv bzw. im Sinne der ausgesprochenen Ziele ist davon sehr wenig (sieht man von dem sich zu einer „Asian Community“ Schritt für Schritt erweiternden ASEAN-Prozess einmal ab). Die nationale Souveränitätsbewahrung um fast jeden Preis bildet eine Mauer zu ausgreifenden Initiativen. Es fehlen unerlässliche institutionelle Ausstattungen, es fehlen verbindliche Mechanismen internationaler Streitschlichtung, es fehlt nicht zuletzt eine

66 | Vgl. Peter Molt und Helga Dickow, *Kulturen und Konflikte im Vergleich*, Baden-Baden, 2007, 45.

67 | Vgl. Claudia Derichs, Thomas Heberer und Nor Sausmikrat, *Why Ideas Matter: Ideen und Diskurse in der Politik Chinas, Japans und Malaysias*, Hamburg, 2004..

breitere Unterstützung der Bevölkerungen. Wobei hier noch ein weiteres Element ins Spiel kommt: die weitgehende Nichtexistenz zivilgesellschaftlicher Potentiale. Zentralistisch-paternalistisch-autokratische Ordnungstraditionen sind kaum ausrottbar, weil sie seit Jahrhunderten und manchmal sogar länger als natürliche, historisch gewachsene kulturelle Lebensformen gelten. Und

**Die Politikwissenschaft ist erst in jüngerer Zeit auf die Frage gekommen, „ob ‚universalistische‘ Vorstellungen nicht doch allein ideologische Produkte des westlichen Kulturkreises sind.“**

dies alles wird weiterhin perpetuiert und am Leben erhalten trotz einer sich rapide wandelnden Welt. Die Politikwissenschaft ist erst in jüngerer Zeit auf die Frage gekommen, „ob ‚universalistische‘ Vorstellungen nicht doch allein ideologische Produkte des westlichen Kulturkreises sind“.<sup>68</sup> Dem sei bereitwillig mit Blick auf unser Thema Staat zugestimmt: Ein modernes, diesen Namen verdienendes politisches Gebilde muss mit Herausforderungen fertig werden, die der Kreis um Lucian Pye, Gabriel Almond und Sidney Verba unter der Überschrift „Crisis and Sequences in Political Development“ diskutiert hatte. Gemeint sind bestimmte Performanz-Kapazitäten für effektive Staatlichkeit, nämlich stabilisierende Grundelemente des Legitimitätsproblems, was auf eine allgemeine Akzeptanz von Regierungshandlungen seitens der betroffenen Bevölkerungen hinausläuft, die Lösung des Partizipationsproblems als dessen Voraussetzung, vertretbare Distributionsleistungen, die Herstellung eines verbreiteten Identifikationsgefühls mit Staat und umgebender Gesellschaft; schließlich die Penetrationsaufgabe für Regierungen und staatliche Strukturen. Diese Dinge gehören zusammen, auch wenn in konkreten Fällen die Frequenz der Aufgaben- bzw. Krisenbewältigung schwanken mag. Was hier noch fehlt ist die Sicherheitsfrage, die von jeher ein prioritäres Anliegen von Staatlichkeit war.

Dies alles läuft auf eine politische Kultur hinaus, die Kollektivität und Individuation ermöglicht, zivilgesellschaftliche Subautonomien im Rahmen von praktizierbarer Subsidiarität in der Anerkennung von Assoziationen und sozialen Netzwerken. Rechtsstaatlichkeit für alle, nach festen Regeln zusammenspielende Institutionen und die Gleichheit vor den bestehenden Gesetzen, der Respekt vor Menschen- und Bürgerrechten, eine nicht von oben auferlegte authentische Repräsentation, die Trennung von

Staat und Religion, eine funktionierende und transparente Gewaltenteilung, soziale Fürsorge „von oben“ und aus den Gesellschaften selbst als eine Art Drittwirkung, der Verzicht auf einseitige Macht- und Interpretationsmonopole aus Wirtschaft, Gesellschaft, den Medien und nicht zuletzt „von außen“ einschließlich lösbarer, ja berechenbarer Formen der Konfliktaustragung. Besonders auch die grundsätzliche Gleichheit der Geschlechter gehört hier hin. Dies alles sieht nach einer Auflistung westlicher Staatsattribute aus und scheint sich mit der Ausgangsthese dieser Abhandlung zu decken, wonach der Westen seit Jahrhunderten Strukturen und Ziele seiner staatsgerichteten politischen Zusammenschlüsse definiert und als globales Vorbild hinstellt – und notfalls mit Macht durchsetzt.<sup>69</sup> In der Tat zeigt sich die Durchsetzungschance der Westlichkeit in Handlungs-, Wirkungs- und Zukunftskapazitäten, die anderweitig weniger verbreitet sind. Wenn heutige Politologen von einer „Rückkehr der Kulturen“<sup>70</sup> sprechen und dabei zu Recht deren aktuellen und künftigen Einfluss auf „ein kulturell ausgeprägtes Gedächtnis gründen“,<sup>71</sup> dann müssten gleichzeitig die konkreten Wirkungseinflüsse auf unsere globalisierte vernetzte Weltzivilisation auch in politischer Hinsicht hingewiesen werden. Denn sonst bleibt der Eindruck jenes allgemeinen Mahnwortes der Historiker, dass keine Zukunft ohne Herkunft zu erlangen ist.

## DER RANG VON DIALOG UND DISKURS

Eine Chance der Auflösung des staatsgerichteten Gegensatzes zwischen Erster und Dritter Welt besteht darin, Annäherungen im Gespräch zwischen unterschiedlichen, im Regelfall auch höchstdivergierenden Ableitungen ideologischer, religiöser oder etwa auch wissenschaftstheoretischer Art aufkommen zu lassen. Die andere politische Welt in ihrer hermeneutisch-kulturellen Position zu verstehen und sich damit auch nach hermeneutischen Kriterien in unterschiedliche Lebensformen und Lebensentwürfe hineinzudenken ist daher in der Begegnung unterschiedlicher Kulturen die eigentliche Herausforderung für alle, die im Prinzip zum Dialog bereit sind.

**Die andere politische Welt in ihrer hermeneutisch-kulturellen Position zu verstehen ist in der Begegnung unterschiedlicher Kulturen die eigentliche Herausforderung.**

69 | Mols 2011, im Erscheinen.

70 | Vgl. Winfried Röhrich, *Rückkehr der Kulturen. Die neuen Mächte in der Weltpolitik*, Baden-Baden, 2010.

71 | Ebd.

Dies ist leichter gesagt als durchgeführt. Wenn Franz Wimmer in seiner 1990 veröffentlichten Habilitationsschrift die These vertritt, dass „die Gleichsetzung der Geschichte der europäischen Menschheit immer noch die natürliche Assoziation“ sei,<sup>72</sup> dann bleiben die anderen Kulturen nur noch Randpositionen, die man „als defiziente Form wahrnimmt, die der weiteren Entwicklung der Humanität hinderlich sind“.<sup>73</sup> Damit kommen wir aber nicht weiter angesichts einer sich immer mehr globalisierenden Menschheit. Dialoge sind gedankliche bzw. erfahrungsgesättigte Austauschprozesse zwischen Personen oder Gruppen. Wenn Friedrich Schlegel noch 1810 die Ansicht vertrat, Europa sei „nicht der Mittelpunkt, sondern der Inbegriff der ganzen Menschheit“<sup>74</sup> – dann kommt hier nicht nur eine westliche Hybris zum Ausdruck, wie man sie auch in der Jenaer Antrittsvorlesung Schillers findet, sondern wir haben hier eine europäische Disposition zur intellektuellem Überlegenheit vor uns, die später von den USA in ihrer Selbstgewissheit, „The First New Nation“ (Lipset) oder in Hannah Arends Diktum vom „*novus ordo seclorum*“ fast nahtlos übernommen worden ist. Nicht minder massiv und naiv hatte schon vor Jahrzehnten Nelson Rockefeller in seinem offiziellen „Report on the Americas“ argumentiert: „There is no nation in all of history (sic!) better than our own system of political democracy.“<sup>75</sup> Bei solchen Feststellungen ist Dialog ausgeschlossen, d.h. ein geduldiges Vortragen der eigenen Position und ein respektvolles Zuhören gegenüber dem Anderen.

**Nelson Rockefeller argumentierte vor Jahrzehnten: „There is no nation in all of history better than our own system of political democracy.“ Bei solchen Feststellungen ist Dialog ausgeschlossen.**

Der insbesondere durch die Arbeiten von Habermas in der wissenschaftlichen Diskussion verbreitete Begriff ‚Diskurs‘ sollte im interkulturellen Verhältnis nicht gleichgesetzt werden mit Dialog. Diskurse sind vortragbare Meinungs- und Ideenkomplexe, sie können richtig oder falsch sein, wahr oder unwahr, stimulierend oder abstoßend wirken. Sie sind unverzichtbare Elemente von im Prinzip offenen

72 | Franz Wimmer, *Interkulturelle Philosophie. Geschichte und Theorie*, Bd. 1, Wien, 1990, 15.

73 | Ebd. 25.

74 | Ebd. 40.

75 | Manfred (Vorname irrtümlich Martin) Mols, „Quality of Life in the Americas“, *Zeitschrift für Politik* 17/4, 1970, 392-438, 414.

Gesellschaften. „Die Öffentlichkeit, die den Resonanzboden aller aufklärerischen Aktivitäten abgeben muss, ist keine systemisch verfestigte Institution, sondern ein lebensweltlicher Kommunikationszusammenhang von Inhalten und Stellungnahmen, letztlich also Meinungen“, schreibt Walter Reese-Schäfer mit Blick auf Habermas.<sup>76</sup> Je differenzierter die anzutreffenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, religiösen, ideologischen und natürlich auch wissenschaftlichen Strukturen, Assoziationen und Meinungen sind, umso mehr weisen sie auf eine Moderne hin, die in die Richtung von den Namen Staat anzeigenden gesellschaftlich-politischen Gebilden weisen.

Ein Weltstaat bleibt Traum und Utopie, weil er die Identität des Lokalen, ethnisch und kulturell Gewachsenen verwischen würde und weil sein Funktionieren mehr als fragwürdig ist. Wir sollten grundsätzlich keine kulturell-politisch-soziale Uniformität der Welt anstreben, sondern davon ausgehen, dass die konkreten Lebenswelten hybride Gebilde bleiben, und es vermeiden, diese als bloße Randpositionen anzusehen.<sup>77</sup> Dies bedeutet nicht Statik oder Stillstand, sondern Dynamik in einem Zustand permanenter Akkulturation,<sup>78</sup> ohne den die Menschheit in aller bekannten Geschichte nie ausgekommen ist. Vielleicht kann man soweit gehen, zu behaupten, dass Hybridität geradezu ein Wesenselement für Wandel, Veränderung, Anpassung und Voraussetzung für funktionierende Dialoge ist. Hier kommt politischen Stiftungen eine gesteigerte Verantwortung in ihrer unverzichtbaren politischen Bildungsarbeit zu. Es genügt nicht, unsere Modellvorstellungen von Staat, Gesellschaft, wünschbarer sozialer Ordnung usw. „nach außen“ mitzuteilen, sondern das, was „draußen“ diskutiert wird, auch bei uns zur Kenntnis zu bringen.<sup>79</sup>

76 | Vgl. Walter Reese-Schäfer, *Jürgen Habermas*, Frankfurt am Main, 2001, 112.

77 | Vgl. Monika Fludernik und Miriam Nandi, „Hybridität. Theorie und Praxis“, *Polylog* 8, 2001, 7-24.

78 | Vgl. ebd., 19.

79 | Es war ein bleibender Verdienst von Josef Thesing, die Gedanken z.B. von Eduardo Frei Montalva (Chile) oder Aristi des Calvani (Venezuela) in guten Übersetzungen dem interessierten deutschen Publikum vorzustellen. Vgl. inter alia Manfred Mols und Josef Thesing, *Der Staat in Lateinamerika*, Mainz, 1995.